

# Privates Bankgewerbe: Gewerkschaften lehnen erstes Arbeitgeber-Angebot ab, setzen Warnstreiks fort

8,5 Prozent mehr wollen die Banken zahlen - das sei nicht genug, so Verdi und DBV.



Streik in Hamburg am 13. Juni. | Foto: picture alliance/dpa | Bodo Marks

von [HAUKE RUDOLPH](#)

18. Juni 2024, 07:38 Uhr

Die zweite Runde der Tarifgespräche für die rund 140.000 Beschäftigten des privaten Bankgewerbes ist gestern ohne abschließendes Ergebnis zu Ende gegangen. Die Arbeitgeber legten zwar ein Angebot vor, welches von den Gewerkschaften Verdi und DBV - Gewerkschaft der Finanzdienstleister - jedoch zurückgewiesen wurde. Die Warnstreiks werden daher fortgesetzt

## Bereit zu "substanziellen Gehaltserhöhungen"

Das Angebot sieht eine Erhöhung der Tarifgehälter um insgesamt 8,5 Prozent in drei Stufen bei einer Laufzeit von 36 Monaten vor. Verhandlungsführer Thomas Lange sprach von einem Signal, dass die Arbeitgeber "zu substanziellen Gehaltserhöhungen bereit" wären, "wenn die Rahmenbedingungen stimmten". Dazu gehöre "eine lange Laufzeit, die ausreichend Planungssicherheit" biete. Zugleich müssten sich "die Gehaltssteigerungen in einem Rahmen bewegen, der das aktuell schwierige Umfeld" berücksichtige – besonders "die herausfordernde

Lage der deutschen Wirtschaft, die sich abschwächenden Leitzinsen und unverändert hohe geopolitische Risiken”.

## **Angebot ”vollkommen inakzeptabel”**

Verdi-Verhandlungsführer Jan Duscheck bezeichnete das Angebot als ”zu niedrig”. Insbesondere die ”sehr lange Laufzeit von 36 Monaten” sei ”vollkommen inakzeptabel”. Schließlich hätten die letzten Jahre ”deutlich gezeigt, wie schnell die Inflation steigen und es für die Beschäftigten finanziell eng werden kann”.

DBV-Verhandlungsführer Wolfgang Ermann sagte in einer Mitteilung, das Angebot gehe ”weiterhin völlig an unseren Forderungen und damit an den Bedürfnissen unserer Kolleginnen und Kollegen vorbei”. Es habe ”weder etwas mit der von den Arbeitgebern angekündigten angemessenen Vergütung noch mit einer Steigerung der Attraktivität der Banken als Arbeitgeber zu tun”.

Verdi fordert 12,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 500 Euro pro Monat und eine Erhöhung der monatlichen Vergütungen der Auszubildenden um 250 Euro. Der DBV fordert ein Plus von 16 Prozent, mindestens aber 600 Euro mehr und eine Erhöhung der monatlichen Vergütungen der Auszubildenden um 250 Euro.

## **Angebot ist ”erster Schritt”**

Dass die Arbeitgeber ihr Angebot noch verbessern werden, ist gut vorstellbar, nicht zuletzt aufgrund des Umstands, dass Lange das Arbeitgeber-Angebot als ”ersten Schritt” bezeichnete. Man werde als ”verantwortungsvolle Sozialpartner wie immer eine Brücke bauen zwischen den berechtigten Interessen der Beschäftigten und der privaten Banken”.

Die Verhandlungen werden am 3. Juli in Frankfurt fortgesetzt.